

Stellungnahme zur Bürgerinitiative 31/BI

„Fakten helfen! Für eine bundesweite anonymisierte Statistik über Schwangerschaftsabbrüche und die anonyme Erforschung der Motive dafür“

Eine ungewollte Schwangerschaft bringt eine Frau in zahlreiche Konflikte und hat erhebliche Auswirkungen auf das Leben der Frau. Innerhalb kurzer Zeit – zwischen Diagnose der Schwangerschaft und Ende der zeitlichen Frist für den Eingriff - muss sie entscheiden, ob sie das Kind austragen kann oder nicht. Diese Verantwortung lastet schwer auf jeder betroffenen Frau.

Falls sie sich für einen Abbruch entscheidet sieht sie sich weiteren Hürden gegenüber:

- Nur wenige ÄrztInnen in Österreich sind bereit, diesen Eingriff durchzuführen. Außerhalb Wiens sind weite Entfernungen zu bewältigen.
- Die Kosten des Eingriffs werden nicht von der Gesundheitskasse übernommen, müssen also privat getragen werden.
- Ein ärztliches Beratungsgespräch vor einem Abbruch ist gesetzlich verpflichtend wahrzunehmen.
- Verschiedene religiös motivierte, organisierte Personen sprechen die Frau am Weg zum Eingriff an und bemühen sich nach Kräften, sie von ihrem Vorhaben abzubringen. Das ist eine erhebliche psychische Belastung.

Eine Befragung zur statistischen Erhebung der Motivlage wäre eine weitere Belastung der Betroffenen in dieser schwierigen Zeit.

Weiters ist festzuhalten, dass europaweit zahlreichende Studien zu Motivlage und Zahlenmaterial vorliegen. Es erschließt sich daher nicht, welcher Erkenntnisgewinn aus einer derartigen verpflichtenden statistischen Erhebung erzielt werden könnte. Im Vergleich dazu scheint die psychische Belastung, die eine derartige Befragung mit sich bringt, nicht gerechtfertigt.

Diese Studien haben auch ergeben, dass es viele verschiedene Gründe gibt, die zur Entscheidung für einen Schwangerschaftsabbruch führen. Es ist anzuzweifeln, ob diese vielfältige Motivlage im Rahmen einer quantitativen Erfassung wie einer Statistik überhaupt adäquat abgebildet werden kann.

Statistisch wird jede 5. Frau im Lauf ihres Lebens Opfer von häuslicher Gewalt. Eine Schwangerschaft und die Versorgung eines Neugeborenen machen sie vulnerabel. Die Frau ist in dieser Zeit nicht nur finanziell vom Partner, der gleichzeitig Gefährder ist, abhängig. Sie ist auch körperlich verletzlicher.

16 Tage gegen Gewalt an Frauen und Mädchen ist eine internationale Kampagne, die jedes Jahr von 25. November bis 10. Dezember stattfindet. Auf der ganzen Welt nützen Fraueninitiativen den Zeitraum vom Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen (25. November) bis zum Internationalen Tag der Menschenrechte (10. Dezember), um auf das Recht auf ein gewaltfreies Leben aufmerksam zu machen und setzen Aktionen dazu. Österreich nimmt seit 1992 an der Kampagne teil. Auch die aktuelle Regierung unterstützt die Kampagne in diesem Jahr. Im Sinne der Stärkung von Mädchen und Frauen in Zusammenhang mit häuslicher Gewalt ist von einer weiteren psychischen wie faktischen Belastung durch eine statistische Erfassung dringend abzuraten.